



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen der  
FSI - Forum Soziale Inklusion e. V.**

## **1. Politik und Zivilgesellschaft**

**In Deutschland ist eine zunehmende Kluft zwischen Politik und Zivilgesellschaft wahrnehmbar. Werden Sie sich zukünftig für eine konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess durch ausgewogene Einladung von Betroffenenverbänden einsetzen?**

### **Antwort:**

CDU und CSU als Volksparteien der Mitte haben den Anspruch, dass sich möglichst viele Menschen mit ihren Anliegen wahrgenommen und repräsentiert fühlen. Unser Ziel ist eine aktive Bürgergesellschaft, in der sich jeder Einzelne für seine Mitmenschen und für unser Land einsetzen kann und dadurch Verantwortung übernimmt. Bürgerinnen und Bürger müssen sich von gewählten Repräsentanten ausreichend vertreten fühlen. Parteien haben dabei eine besondere Verantwortung als Scharnier zwischen demokratischem Staat und Zivilgesellschaft. Sie müssen zur Mitwirkung und Mitgliedschaft einladen, die Vielfalt der Ideen und Interessen aufgreifen und politische Teilhabechancen eröffnen. Parteien sollten die Gesellschaft in ihrer Breite widerspiegeln. CDU und CSU wollen die parlamentarischen Beteiligungsformen attraktiver gestalten und den Austausch von Zivilgesellschaft, Experten, Betroffenen und Parlamenten befördern. Auch im Rahmen digitaler Formate wollen wir den Austausch mit den Bürgern verstärken und ihre Beteiligung auf den unterschiedlichen Ebenen fördern.

## **2. Zeitgemäße Geschlechterpolitik**

**„Zeitgemäße Geschlechterpolitik legt den Fokus gleichberechtigt auf die Belange von Frauen UND Männern sowie von (getrennten) Müttern UND Vätern.“ Werden Sie sich für diesen zeitgemäßen Politikansatz einsetzen?**

### **Antwort:**

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland hat sich in den vergangenen 25 Jahren weiterentwickelt – von der Frauenpolitik über die Politik der Geschlechtergerechtigkeit hin zur Politik der gerechten Chancen für Frauen und Männer im Lebensverlauf. CDU und CSU messen der Gleichstellung von Frauen und Männern eine wichtige Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Dabei halten wir es für bedeutsam, dass eine Gleichstellungspolitik verwirklicht wird, die Jungen und Männer ausdrücklich einbezieht.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine Gleichstellung gestalten, die Frauen und Männern ein eigenständiges Leben nach ihren Wünschen und Bedürfnissen ermöglicht. In der Gleichstellungspolitik soll der Blick verstärkt auch auf Jungen, Männer und Väter gerichtet werden, die sich eine partnerschaftlichere Aufteilung von Erwerbs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben wünschen.

### **3. Zeitgemäßes Familienrecht**

**Junge Familien wünschen sich Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Betreuung und Unterhalt für ihre Kinder – auch in Trennungsfamilien. Werden Sie im Familienrecht „beide betreuen - beide bezahlen“, nach jeweiliger Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit, verankern?**

### **6. Staatliche Leistungen und Trennungsfamilien**

**Aktuell fokussiert das Steuer- und Sozialrecht nur auf einen Haushalt in Trennungsfamilien. Wird Ihre Partei zukünftig staatliche Leistungen (Kindergeld, Betreuungsfreibetrag u. ä.) auf BEIDE Haushalte in Trennungsfamilien aufteilen?**

#### **Die Fragen 3. und 6. werden gemeinsam beantwortet:**

Es ist Tatsache, dass sich vielfach die Lebenswirklichkeit von Familien mit Trennungs- oder Scheidungsbiographie in den letzten Jahren verändert hat, nicht zuletzt auch durch die Bereitschaft und die geschaffenen Möglichkeiten der frühkindlichen Betreuung für beide Elternteile in Zeiten des ehelichen Zusammenlebens.

Die Aufteilung bei den Betreuungsleistungen hat sich dementsprechend auch nach Trennung oder Scheidung verändert. Das jetzige Unterhaltsrecht, welches recht statisch davon ausgeht, dass bei Kindern unter 12 Jahren mit erhöhtem Betreuungsbedarf nur ein Elternteil die Hauptlast der Betreuung trägt, wird dieser neuen Lebenswirklichkeit vielfach nicht mehr gerecht. Insoweit besteht hier Reformbedarf, was die Aufteilung von Barunterhalt und Betreuungsunterhalt angeht.

CDU und CSU sind der Überzeugung, dass es für Kinder in aller Regel am besten ist, wenn beide Elternteile gemeinsam Verantwortung für Erziehung und Entwicklung übernehmen. Eine Trennung der Eltern darf kein Beziehungsende für Kinder sein. Wir sind für ein

modernes Familienrecht zum Wohl des Kindes. Daher wollen wir die familienrechtlichen Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht anpassen. Wir wollen eine Aufenthalts- und Betreuungsregelung, die in jedem Einzelfall bestmöglich das Kindeswohl sicherstellt. Wir behalten die schwierige finanzielle Situation von Trennungsfamilien im Blick und sind bestrebt Familien und Kinder auch nach einer Trennung zu entlasten.

#### **4. Zeitgemäße Statistikerhebung**

**Aktuell kann das Statistische Bundesamt Trennungsfamilien nur zur Hälfte erfassen: den Haushalt, in dem das Kind gemeldet ist. Wird Ihre Partei das Microzensusgesetz dahingehend verändern, dass zukünftig BEIDE Haushalte der Trennungseltern statistisch erfasst werden?**

#### **5. Zeitgemäßes Melderecht**

**Heute können Kinder in Trennungsfamilien melderechtlich nur in einem Haushalt angemeldet sein. Wird Ihre Partei das Melderecht dahingehend anpassen, dass zukünftig Kinder in Trennungsfamilien in BEIDEN Haushalten gemeldet sein werden?**

#### **Die Fragen 4. und 5. werden gemeinsam beantwortet:**

Bei der statistischen Erfassung, bspw. im Rahmen des Mikrozensus, wird die Lebensform „Alleinerziehende“ abgegrenzt als Mütter oder Väter, die ohne Lebenspartner/in mit minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Diese Definition entspricht der international üblichen Erfassung von Alleinerziehenden und ist daher im Hinblick auf die internationale Vergleichbarkeit von Bedeutung. Es ist allerdings grundsätzlich möglich, mit anderen zusätzlichen Erhebungen die Vielfalt der Lebensformen im Hinblick auf die Verantwortungsübernahme für Kinder differenzierter darzustellen. Aufgrund der Definition von Alleinerziehenden im Mikrozensus werden Befragte nicht zu einer Partnerschaft mit einer Person außerhalb des Haushalts befragt. Daher wird auch nicht erfasst, ob sich ein Partner oder ehemaliger Partner außerhalb des Haushalts an der Kindererziehung beteiligt. Somit sind Differenzierungen hier nicht möglich. Für die Auswahl der Haushalte und Personen zum Mikrozensus sind Auswahlbezirke maßgeblich, innerhalb derer die Personen und Haushalte befragt werden. Die Erfassung von Angaben zu Personen, die außerhalb der Haushalte leben, bedarf einer Gesetzesänderung. Zusätzlich sieht das Statistische Bundesamt bei der Frage nach persönlichen Beziehungen und dem Grad einer

Partnerschaft außerhalb des Haushaltes definitorische Abgrenzungsprobleme und Schwierigkeiten bei der Befragung. Um auch getrennt erziehende Partner abbilden zu können, müsste der Merkmalskatalog ausgeweitet und Plausibilitätsprüfungen sowie Schulungen der erhebenden Personen vorgesehen werden. Inwieweit dies möglich und praktikabel ist, werden wir prüfen. Da es nach den Meldegesetzen keine zwei gleichberechtigten Hauptwohnsitze gibt, gilt auch für Kinder, deren Eltern beispielsweise das paritätische Doppelresidenzmodell praktizieren, dass sie an einem Hauptwohnsitz angemeldet sein müssen.

### **7. Zeitgemäßes Abstammungsrecht**

**Werden Sie sich für ein zeitgemäßes Abstammungsrecht einsetzen, das sich an Abstammung orientiert und dabei nicht eine Erwachsenen-, sondern die Kindersicht priorisiert? Und dabei Mutterschaft und Vaterschaft über biologische Abstammung rechtlich gleichbehandelt?**

#### **Antwort:**

Die Veränderungen in der Gesellschaft, wie auch die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin, erfordern ein Nachdenken über die rechtlichen Rahmenbedingungen im Abstammungsrecht.

Für CDU und CSU ist bei allen Reformüberlegungen das christliche Menschenbild der entscheidende Maßstab. Daraus folgt, dass vor allem Menschenwürde und Wohl der betroffenen Kinder in den Mittelpunkt gestellt werden müssen.

Das Recht eines Kindes auf Kenntnis der eigenen Herkunft sollte gestärkt werden. Es ist für ein Kind von elementarer Bedeutung, seine genetischen Eltern zu kennen. Wir machen uns dafür stark, dass im Abstammungsrecht daran festgehalten wird, dass die Mutter nur diejenige Frau ist, die das Kind geboren hat. Unverrückbar ist für uns auch, dass ein Kind nicht mehr als zwei rechtliche Elternteile hat.

„Vater“ und „Mutter“ haben nicht nur eine juristische Dimension, sondern sind zentrale Begriffe unserer Gesellschaft. Wenn wir im Hinblick auf gesellschaftliche und medizinische

Veränderungen eine Anpassung rechtlicher Regelungen vornehmen, muss nicht nur Wohl des Kindes im Fokus stehen, sondern auch der biologische Vater Berücksichtigung finden.

#### **8. Faire Aufteilung staatlicher Fördergelder**

**Aktuell fördert der Staat vor allem Frauen- und Mütterverbände finanziell; authentische Männer- und Väterverbände erhalten keine Förderung.**

**Werden Sie sich für eine faire und paritätische Aufteilung der Zuwendungen an Frauen- UND Männerverbände einsetzen?**

#### **Antwort:**

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass eine Gleichstellungspolitik verwirklicht wird, die Jungen und Männer ausdrücklich einbezieht. In der Gleichstellungspolitik soll der Blick verstärkt auch auf Jungen, Männer und Väter gerichtet werden, die sich eine partnerschaftlichere Aufteilung von Erwerbs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben wünschen. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Förderung von Verbänden, die sich für die Belange von Frauen und Männern einsetzen möglich und es wurden entsprechende Fördermittel auch bereits bewilligt.